

# SPD demokratischer pressediens

P. XXV 151

14. August 1979

Ostseeverseuchung - Zwang zur Zusammenarbeit

---

Klimaverbesserung seit dem Moskauer  
Vertragsabschluß

(Seite 1 - 2 / 57 Zeilen)

Von Unsicherheit geplagt

---

Die Unionsparteien sind außer Tritt geraten

(Seite 3 / 49 Zeilen)

Nicht auf halben Wege stehen bleiben

---

Ein Diskussionsbeitrag zum landwirtschaftlichen  
Förderungsprogramm

Von Dr. Martin Schmidt (Gellensen) SPD-MdB  
Vorsitzender des Ernährungsausschusses der  
Deutschen Bundestages

(Seite 4 - 6 / 136 Zeilen)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 8153  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37-38  
Telex: 888 840/888 847  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Ostseeversemmutung - Zwang zur Zusammenarbeit

### Klinaverbesserung seit dem Moskauer Vertragsabschluss

Der deutsch-sowjetische Vertrag hat für die Anlieger der Ostsee ein günstiges politisches Klima geschaffen, das in absehbarer Zeit eine Reihe praktischer Vereinbarungen in diesem Raum zur Folge haben dürfte. Es geht um die Saubererhaltung der Ostsee, sowie um die Aufteilung des Ostseegrundes zwecks Abbau der Bodenschätze unter dem Meeresgrund, da die gesamte Ostsee dem Festlandssockel zuzurechnen ist. Es kann sich ferner um gemeinsame Anstrengungen handeln, den Fischbestand zu erhalten und um eine einheitliche Festlegung der Hoheitsgrenzen der nationalen Fischereigewässer vor der Küste; denkbar ist auch eine gemeinsame Fischereiforschung.

Zunächst wird es um die Sauberhaltung der Ostsee und da vordergründig um die Beseitigung von 100.000 bis 200.000 Tonnen Senfgasmunition gehen, die einst in den Arsenalen der deutschen Wehrmacht lagerten und bei den dänischen Inseln Alsön, Årö und Bornholm und bei der schwedischen Insel Golland durch Deutsche, Engländer und Sowjets während der Tage der Kapitulation ins Meer geworfen worden sind. Hier sind aufgrund des günstigen Klimas, das die Moskauer-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ergeben haben, schon die ersten Ansätze erkennbar.

Der dänische Fischereiminister A. C. Normann hat bereits mit dem sowjetischen Fischereiminister Aleksander Isjkov gesprochen. Der sowjetische Minister hat sich stark interessiert daran gezeigt, die Giftgasbestände aus der Ostsee zu beseitigen. Hier geht es aus sowjetischer und dänischer Sicht um ein Abkommen aller Ostseeanlieger, also der Bundesrepublik, der Deutschen

Demokratischen Republik, Polens, der Sowjetunion, Finnlands, Schwedens und Dänemarks. Normann beabsichtigt, den Wunsch nach einer Konferenz aller Ostseeanlieger in der bevorstehenden Sitzung des Nordischen Rates, dem die skandinavischen Staaten angehören, zur Sprache zu bringen.

Voll gedeckt durch die Bundesregierung haben Bundesinnenminister Genscher und Bundesverkehrsminister Leber mitgeteilt, daß die BRD sehr stark daran interessiert ist, daß die Ostsee ein sauberes Meer wird. Bundesinnenminister Genscher hat, wie . . . Normann, eine Konferenz aller Ostseeanlieger vorgeschlagen. Leber hat 100.000 DM bereitgestellt, damit zunächst die Taucher im Küstenvorfeld Schlesswig-Holsteins den Ostseegrund nach versenkter Munition befragen, vornehmlich Giftgasvorräten absuchen können.

Aber schon die erste Phase der Gemeinsamkeit aller Ostseeanlieger dürfte weitergehen. In den Tüften innen der Ostsee hat sich der Sauerstoffgehalt des Wassers sehr stark reduziert, weil sie immer mehr mit Abfallstoffen überlastet wird. Es geht um die Kontrolle von Öltankern und Fährern, die künftig keinen Müll und keine Erdölreste mehr ins Wasser geben sollen. Hier wird es sich schließlich um eine gemeinsame Kontrolle aller Ostseestaaten handeln, die vornehmlich aus der Luft zu erfolgen hätte.

Es gibt das Problem der Abwässer. Nach detaillierten schwedischen Untersuchungen ist kein Staat an der Ostsee von dem Vorwurf freizusprechen, daß er zuviel ungereinigte Abwässer aus Industriezonen und Großstädten ins Meer leitet. Vor allem die Seezonen vor Stockholm, Helsinki, Leningrad, Kiel und Lübeck sowie Kopenhagen sind besonders verunreinigt. Auch hier dürfte sich vor dem Hintergrund der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen von Moskau ein Klima ergeben, das zu gemeinsamen Anstrengungen in Richtung saubere Ostsee führen könnte.

### Von Unsicherheit geplagt

---

Die Unionsparteien sind außer Tritt geraten

Es ist traurig, aber wahr: Die Unionsparteien, auf die bei der letzten Bundestagswahl immerhin noch 46,1 vH. der Stimmen entfielen, haben in der Ost- und Deutschlandpolitik den Boden unter ihren Füßen verloren. Sie sind nach dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages, der gewiß noch der Ratifizierung bedarf, nun völlig ins Schwanken geraten und haben noch keine gemeinsame Stimme gefunden. Die Spannbreite der Unions-Dissonanzen reicht von einer nüchternen Überprüfung des Vertragswerkes bis zu seiner völligen Ablehnung, weil es, so drückte sich der CSU-Abg. Freiherr von und zu Gattenberg gar nicht vornehm aus, "in Wahrheit die Bestätigung der Amputation und Zerstückelung Deutschlands durch eine freigeählte deutsche Regierung bringe": ein wahrhaft ungehauerlicher und durch nichts begründeter Vorwurf, der auf den zurückfällt, der ihn erhebt.

Andere CDU-Spitzenpolitiker - der CDU-Vorsitzende Kiesinger gehört wohl nicht dazu - können sich der Tatsache freilich nicht verschließen, daß dieses Vertragswerk fast von der ganzen Welt mit großer Erleichterung aufgenommen und als ein für die Zukunft hoffnungsvolles Zeichen bewertet wurde und wird. Diese gleichen CDU-Spitzenleute wissen aber auch von der großen Resonanz, die die sich nun anbahnende deutsch-sowjetische Verständigung in unserem Volk gefunden hat, und sie spüren die Gefahren für ihre Partei, wenn sie sich für ein stures Nein entscheiden sollte:

Was tun in solcher Lage? Der wendige CDU-CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel will sich erst großzügig entscheiden, wenn das freie Berlin gefestigt und die Lage der Berliner verbessert ist, wirkliche Fortschritte für die Menschen im gespaltenen Deutschland erreicht und die Grenzen durchsichtiger gemacht werden. In diesen konkreten Wirklichkeiten, so Barzel, werde sich zeigen, ob der Vertrag ein Neubeginn sei oder eine "leichtfertig verschenkte Vorleistung". Dr. Barzel verlangt also etwas im Voraus, was doch nur eines der Ergebnisse eines in Kraft befindlichen Vertrages sein kann. Er will Früchte ernten, ohne vorher mit der Boden zu bestellen, auf dem Früchte überhaupt gedeihen können. Er setzt eine Konsequenz vor den Anfang.

In dieser wirklichkeitsfremden Haltung spiegelt sich das Unvermögen der Unionsparteien, mit der Wirklichkeit fertig zu werden - und bei alledem wollen sie auch eine Partei guter Europäer sein. Man kann aber nicht gleichzeitig die Rolle der früheren Deutschnationalen in der Weimarer Republik und die Rolle einer den Frieden und die Verständigung fördernde Kraft spielen. Ehe dieser innere Widerspruch keine Auflösung findet, hat unser Volk und Europa - das ganze Europa, denn auch die Sowjetunion gehört dazu - von der CDU/CSU in der Lage, in der sie sich befindet, wenig Konstruktives zu erwarten. Ein langer Weg steht der Union bevor, bis sie mit sich selbst in Lebensfragen der Nation ins Reine kommen wird.

Nicht auf halbem Wege stehen bleiben

Ein Diskussionsbeitrag zum  
landwirtschaftlichen Förderungsprogramm

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) SPD-MdB  
Vorsitzender des Ernährungsausschusses des Deutschen Bundestages

Das im Bundeslandwirtschaftsministerium erarbeitete einzelbetriebliche Förderungs- und soziale Ergänzungsprogramme als Grundlage einer agrarpolitischen Konzeption für die 70er Jahre steht in diesen Wochen im Brennpunkt der Diskussion. Gleich nach den Parlamentsferien wird der Ernährungsausschuß des Bundestages dazu ein Hearing veranstalten. Die hochschlagenden Wellen der Kritik können jedoch dazu führen, daß dieser hervorragende Ansatz zu einer rationalen Agrarpolitik mehr und mehr verwässert, wenn nicht gar zerschlagen wird. Die bisherige Diskussion hat schon tolle Blüten getrieben, und deshalb ist eine nüchterne Stellungnahme erforderlich.

Um was geht es? Seit Jahren fordert die SPD, daß wir in der Agrarpolitik von der Förderung "per Gießkanne" wegkommen und die einzelbetrieblichen Investitionshilfen auf die entwicklungsfähigen Betriebe beschränken. Das zu erzielende Einkommen soll - auch im Vergleich mit den zu erwartenden Einkommenssteigerungen in anderen Bereichen unserer Wirtschaft - einziges Kriterium sein. Der Mansholt-I-Plan mit seinen schematischen Kriterien der Betriebsformen hatte das nicht ausreichend berücksichtigt, was ein Ansatzpunkt unserer Kritik gewesen war.

Der erste Referentenentwurf des Ministeriums enthielt dann auch Eingangsschwellen der Förderung, d.h. es wurde ein bestimmtes Betriebseinkommen als Voraussetzung für den antragstellenden Landwirt genannt, in die Investitionsförderung aufgenommen zu werden. Diese Abgrenzung war auch konform mit der Entschliesung des Saarbrücker SPD-Parteitag, Eingangsschwellen des Einkommens festzulegen. Im überarbeiteten, jetzt vorliegenden Entwurf sind diese Eingangskriterien entfallen, jetzt wird eine durch den Betriebsentwicklungsplan nachzuweisende Zielschwelle des Einkommens gefordert. Und daran entzündet sich die ganze Kritik, die in dem Vorwurf des Bayerischen Bauernverbandes gipfelt, Bundesminister Ertl hätte ein "Ausrottungsprogramm" vorgelegt.

Manche Beobachter meinen, die taktische Einstellung von Minister Ertl sei zu "flexibel", weil er sich Änderungs- und Anpassungswünschen wie auch der Diskussion mit Praktikern gegenüber so offen zeigt. Diese Haltung wird jedoch von den parteipolitischen Gegnern dieser Koalition nicht honoriert, die aus den verhängnisvollen Fehlern der CDU/CSU-Agrarpolitik nicht lernen wollen, einer Politik, die allen Bauern Entwicklungschancen ver-

sprach, ohne dieses Versprechen halten zu können. Dabei hatte schon der frühere CSU-Agrarminister Höcherl einen ersten Ausbruch aus dieser Sackgasse versucht, und der agrarpolitische Teil des Kohl/Küppler-Entwurfs für ein neues CDU-Programm gibt sich - wenn auch mit allgemeinen Formulierungen - sehr progressiv. Diese Schizophrenie ist kaum noch erträglich.

Mit einer Zusammenfassung und Vereinheitlichung der bestehenden Richtlinien und der Ergänzung der Investitionsförderung durch soziale und regionalpolitische Maßnahmen entspricht das neue Programm auch der von Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller eingeleiteten Integration von Wirtschafts- und Agrarpolitik, ohne die eine Entwicklung der ländlichen Räume unmöglich ist. Der neuen regionalen Strukturpolitik ist es gelungen, gleich im ersten Jahr 1969 mehr als 40.000 neue Arbeitsplätze zu fördern. Dieser Erfolg kann nur gesetzt werden, wenn ein mobilisierbares Arbeitskräftepotential die gesuchte Chance ergreift, d.h. die Maßnahmen der Agrarpolitik dürfen nicht strukturhemmend wirken. Ziel einer koordinierten Strukturpolitik ist es deshalb, eine Abstimmung der verschiedenen Maßnahmen im ländlichen Raum zu erreichen. Dabei besteht die Hauptaufgabe der Agrarstrukturpolitik darin, leistungsfähige Betriebe zu schaffen und zu erhalten, die auf die Dauer ein gesichertes Einkommen gewährleisten. Wirtschafts- und Sozialpolitik sollen dagegen den Strukturwandel durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, durch die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und durch eine breite Skala flankierender sozialpolitischer Maßnahmen fördern.

Sowohl im Wirtschafts- als auch im Agrarministerium sind Projektionsmodelle für die Entwicklung der Landwirtschaft bis 1980 erarbeitet worden, die allgemein anerkannt werden. Die Diagnose liegt vor, und die SPD/FDP-Koalition hat die Möglichkeit, mit dem jetzt zur Verfügung stehenden Instrumentarium die richtige Therapie anzuwenden und den Anpassungsprozeß zu steuern. Wenn diese Bundesregierung den Mut hat, dem Landwirt zu erklären, welchen Betrieb sie für entwicklungsfähig hält, so gibt sie ihm die Möglichkeit, seine beruflichen Dispositionen zu treffen und unter den gegebenen Alternativen zu wählen. Damit bewahrt sie solche Landwirte, die trotz der bisher gewährten Förderungsmaßnahmen kein angemessenes Einkommen erreichen, vor weiteren Fehlinvestitionen und schließlich vor Verschuldung und Vermögensverlusten.

Ich halte es angesichts der hier genannten Ziele für unverantwortlich, dieses Programm aus politischer Kurzsichtigkeit zu diffamieren. Ich weiß aber, daß die Landwirte realistisch genug sind, um solche Angriffe gegen ein Reformvorhaben der Bundesregierung als wahltaktisches Manöver zu entlarven. Alle Kritiker des neuen Förderungsprogrammes sollten sich über eines im Klaren sein: Man kann nicht einerseits Maßnahmen ergreifen, um erfolgreich den Einkommensabstand der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen zu verringern und gleichzeitig alles beim alten belassen wollen. Eine unbegrenzte Förderung ist nicht nur volkswirtschaftlich unvertretbar, sondern schadet auch dem, dem sie zu helfen vorgibt.

Für die Ausgestaltung des Programms erscheint es mir wichtig,

bei der Investitionsförderung den Begriff des entwicklungsfähigen Betriebes genau zu definieren, vor allem auch angesichts der Tatsache, daß die Länder für die Durchführung des Programms verantwortlich sein werden. Die von Bundesminister Ertl neuerdings konzipierte flexible Zielschwelle genügt nicht, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Der Entwurf sieht vor, daß alle Landwirte gefördert werden können, die anhand eines Betriebsentwicklungsplanes nachweisen, daß ihr Betrieb nach vier- bis sechsjähriger Förderung ein bestimmtes Einkommen erzielt. Jeder, der nur ein wenig Erfahrung mit Betriebsentwicklungsplänen hat, weiß, daß damit leicht manipuliert werden kann. Ein bestimmtes Einkommensziel steht häufig nur auf dem Papier. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß dieses Ziel noch zusätzlich nach oben verschoben wird, wenn die staatliche Förderung von einer bestimmten Zielgröße abhängig gemacht wird. In der Diskussion ist die Zielschwelle nun schon auf eine rein pädagogische Größe reduziert worden. Ein effizienter Einsatz der Mittel ist deshalb kaum mehr gewährleistet, und eine Rückzahlung der Förderungsmittel für den Fall, daß der Betrieb das festgelegte Ziel in der angegebenen Frist nicht erreicht, ist nicht vorgesehen. Sie wäre in der Praxis wohl auch kaum zu fordern, weil sie für die Betroffenen eine unbillige Härte darstellen würde.

Nicht die jetzt schon durchlöchernte Zielschwelle, sondern nur - wie ursprünglich vorgesehen - die Eingangsschwelle des Einkommens als Förderungskriterium kann deshalb m. E. die Gewähr und auch ein Minimum an Sicherheit dafür bieten, daß das geplante Zieleinkommen auch tatsächlich erreicht wird. Eine solche Eingangsschwelle könnte auch als Indikator für ein angemessenes Verhältnis zwischen Betriebsertrag und Investitionssumme betrachtet werden und so eine echte Kalkulationsgrundlage für den Landwirt bilden.

Wenn von Ländersseite sogar noch die Forderung erhoben wird, die im sozialen Ergänzungsprogramm vorgesehenen Maßnahmen, z. B. Landabgaberente und Nachversicherungszuschuß, ohne den sie bedingenden strukturpolitischen Effekt, d. h. ohne das Ausscheiden aus der landwirtschaftlichen Produktion, zu gewähren, so beweist das, daß man dort die Zielkombination des Programms noch gar nicht verstanden hat. Das zeigt ein hohes Maß an strukturpolitischer Abstinenz und kann nicht mit dem Lippenbekenntnis bemäntelt werden, den Menschen in der Landwirtschaft wirklich helfen zu wollen.

Nachdem die Bundesregierung erkannt hat, wie wichtig es ist, den Landwirt durch sichere Orientierungsdaten, die ihm die Anpassung an den Strukturwandel erleichtern, zu unterstützen, sollte sie bei den Förderungskonditionen ihre Agrarpolitik für die 70er Jahre nicht auf halbem Wege stehen bleiben.